

Ein Eindruck von zweierlei Maß

Verwunderung über lange Bearbeitungszeiten für Bauanträge von Bürgern im Gegensatz zu Investoren-Vorhaben

VON KAI PURSCHKE

Achim. So ein Fachausschuss des Rates ist eine feine Sache: Da kommen mitunter Themen auf die Agenda, die einzeln diskutiert werden, aber doch zu einem großen Ganzen gehören und grundsätzlich geklärt werden müssen. So geschehen in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am Dienstagabend, als zwei altbekannte Hinterlandbebauungsanträge von Bürgern wieder aufgeploppt sind – aber auch die Frage, warum die Bearbeitung von Bauanträgen so viel schneller gehe, wenn „industrielle Investoren“ mit viel Geld anfragten.

Dieser Eindruck hatte sich nicht nur bei Hans Baum (FDP) verfestigt, der den Widerspruch in den Bearbeitungszeiten vor knapp 40 anwesenden Bürgern als erster Politiker auf den Punkt gebracht hatte. Werner Meinken (SPD) pflichtete ihm bei: „Ein Investor mit viel Geld rutscht in der Prioritätenliste

nach oben – das versteht der Bürger nicht.“ Für die Anträge der Bürger wäre genug Bearbeitungszeit gewesen, einen Termin innerhalb von zwei Wochen habe dagegen die Firma Nehlsen bekommen, die auf der ehemaligen Raketenstation in Embsen ihre Abfallsortieranlage bauen will. Wolfgang Heckel (WGA) hat „genügend Potenzial in zweiter Reihe“ ausgemacht, daher müsse man schauen, was auf den übergroßen Grundstücken möglich ist.

Einstimmig sprach sich der Ausschuss dafür aus, ein mehr als 15 Jahre altes Verfahren nun endlich voranzubringen. Für die rückwärtige Bebauung von drei Grundstücken an der Verdener Straße (Nummer 137 bis 141) gab es grünes Licht, weil die Stadtverwaltung einen Weg gefunden hat, „den gordischen Knoten zu durchschlagen“, wie Heiner Heitzhausen vom Fachbereich Wirtschaft und Stadtentwicklung sagte. Der Königsweg sieht vor, dass mindestens für die

Grundstücke Nummer 139 und 141 eine gemeinsame Erschließung der rückwärtigen Grundstücksflächen erfolgt. Für das Grundstück Nummer 137 soll sowohl eine Einzelererschließung als auch ein Anschluss an die gemeinsame Erschließungsfläche möglich sein.

Ebenfalls einstimmig empfahl das Gremium, dass die Verwaltung bis zur nächsten Ausschusssitzung die Vorbereitungen dafür treffen möge, einen Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 111 „Dorfzentrum“ herbeizuführen. Dieser bezieht sich auf rückwärtige Grundstücksflächen an der Badener Dorfstraße und an der Bahnhofstraße, auf denen die Anwohner bauen möchten – betroffen sind diverse Flurstücke. Die CDU, die gerne ein sogenanntes vereinfachtes Verfahren hätte, und die SPD stellten ähnliche Anträge, um die Verdichtung der vorhandenen Wohngebiete abzuwickeln. Dieses Anliegen der Grund-

stückseigentümer ist bereits mehr als zwei Jahre alt. „Wir können nicht garantieren, dass ein vereinfachtes Verfahren klappt“, erklärte Stadtplanerin Monika Nadrowska nun. Das müsse mit dem Landkreis Verden abgestimmt werden.

Steffen Zorn, künftiger Leiter des Fachbereichs Bauen- und Stadtentwicklung, bat die Politiker darum, nicht nur Einzelfallentscheidungen zu treffen. „Wir müssen dringend das gesamte Stadtgebiet betrachten und Regeln für uns finden“, appellierte er an die Runde. Und benannte das Problem: „Bisher war ich in einer Abteilung, die den Folgen hinterherläuft, das hier aber ist der Beginn.“ Was Zorn damit meint: Man sollte nicht einfach hier und dort neue Bauten ermöglichen, wenn man nicht gleichzeitig im Blick hat, ob die Infrastruktur passt, ob beispielsweise genügend Kita-Plätze vor Ort vorhanden sind. „Wir sollten die Lehren aus der Vergangenheit ziehen“, bat Zorn.